



Deutscher Bundestag unterstützt arabische Demokratiebewegung mit Stipendienprogramm

Deutscher Bundestag unterstützt arabische Demokratiebewegung mit Stipendienprogramm
Zum ersten Mal in seiner Geschichte empfängt der Bundestag eine Gruppe von jungen Frauen und Männern aus der arabischen Welt. In einem vierwöchigen Stipendienprogramm bekommen diese einen Einblick in das parlamentarische System und die Arbeit des deutschen Verfassungsorgans. 24 Stipendiatinnen und Stipendiaten aus Tunesien, Marokko, Ägypten, Jordanien, dem Jemen, dem Libanon und den Palästinensischen Gebieten besuchen vom 10. September bis 5. Oktober 2012 das deutsche Parlament. Die zwölf Frauen und zwölf Männer sind Vertreter der jungen arabischen Demokratiebewegung, die in einem aufwändigen Verfahren ausgewählt wurden: Sie sprechen alle sehr gut Deutsch und zeichnen sich durch besonderes Verantwortungsgefühl, politisches Interesse und demokratisches Engagement aus. Sie arbeiten in ihrer Heimat als Journalisten, Ärzte, Bibliothekare, Reiseleiter, als Lehrer an Schulen und Hochschulen sowie bei Stiftungen.
Das vierwöchige Stipendienprogramm im Bundestag umfasst Vorträge zur Geschichte und Funktion des deutschen parlamentarischen Systems, politische Planspiele, den Besuch von Plenardebatten und Ausschüssen sowie ein zehntägiges Praktikum bei Bundestagsabgeordneten. Darüber hinaus erhalten die Stipendiaten die Gelegenheit, sich ganztägig mit Themen wie Medien, Außenpolitik, Zivilgesellschaft, sowie mit dem Umgang mit diktatorischer Vergangenheit auseinanderzusetzen. Vor allem jene arabischen Stipendiaten, die selbst das Leben in einer Diktatur kennen, hatten in den Bewerbungsgesprächen ihre besondere Sympathie für Deutschland damit erklärt, dass es zwei Diktaturen überlebt und dennoch demokratisch geworden sei. Der Besuch der Gedenkstätte Buchenwald gehört daher genauso zum Programm wie ein Wochenendseminar zum Thema Minderheiten.
Die Idee für dieses Stipendium geht auf den Abgeordneten Wolfgang Börnsen (CDU) zurück, dem geistigen Vater des Internationalen Parlaments-Stipendiums (IPS) und Vorsitzenden der zuständigen Berichterstattungsgruppe im Bundestag. Er erklärte, dass es seinen Kolleginnen und Kollegen im Parlament ein Herzensanliegen sei, junge und engagierte Menschen aus der arabischen Welt zu fördern.
Weitere Informationen finden Sie auf der Internetseite des Bundestages: http://www.bundestag.de/bundestag/europa_internationales/internat_austausch/ips/arabisch/index.jsp

Auch unterwegs aktuell informiert mit der kostenlosen App "Deutscher Bundestag" und unter m.bundestag.de.
Kontakt: Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Deutschland
Telefon: 030/227-0
Telefax: 030/227-36 878 oder 227-36 979
Mail: mail@bundestag.de
URL: <http://www.bundestag.de>


Pressekontakt

Deutscher Bundestag

11011 Berlin

bundestag.de
mail@bundestag.de

Firmenkontakt

Deutscher Bundestag

11011 Berlin

bundestag.de
mail@bundestag.de

Kein Bundestag ist wie der andere. Jedes Mal haben die Wähler neu entschieden, wer stellvertretend für alle die Regeln entwickeln soll, die dann für alle gelten werden. Jedes Mal haben die Wähler neu bestimmt, wie stark der Einfluss der einzelnen Parteien in der Volksvertretung sein soll, wer somit die Regierung bilden kann und wer in die Opposition muss. Und deshalb beginnt auch jeder Bundestag ganz von vorn. Denn die neu gewählten Abgeordneten können nicht von ihren Vorgängern vorbestimmt werden, deren Legitimität, für das Volk zu entscheiden, mit dem Zusammentreten des neuen Bundestages erlischt. Der Präsident leitet nicht nur die Bundestagssitzungen (in der er sich mit seinen Stellvertretern abwechselt), er vertritt den Bundestag auch nach außen. Protokollarisch ist er als Repräsentant der Legislative nach dem Bundespräsidenten der zweite Mann im Staat. Er ist nicht nur Adressat aller Eingaben und Entwürfe von Bundesregierung, Bundesrat oder Mitgliedern des Bundestages, er setzt sich auch für die Würde des Bundestages und die Rechte seiner Mitglieder ein. Er ist der oberste Dienstherr der Bundestagsmitarbeiter und übt sowohl das Hausrecht als auch die Polizeigewalt in den Gebäuden des Parlamentes aus.